

Integrationsoffensive der Stadt Herne

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt spricht sich für die Einleitung einer Integrationsoffensive in Herne aus und bekennt sich zu folgenden Grundsätzen:

- Einwohnerinnen und Einwohner nichtdeutscher Herkunft werden in Herne als gleichberechtigter und legitimer Teil der Gesellschaft anerkannt.
- Die religiöse und kulturelle Identität aller Einwohner, soweit deren Ausdruck im Einklang mit unserer verfassungsmäßigen Ordnung steht, wird geachtet und respektiert.
- Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine vorrangige Zukunftsaufgabe der Stadtentwicklung.
- In diesem Prozess ist der Dialog und der Austausch zwischen den unterschiedlichen Kulturen in gegenseitiger Achtung und im Sinne eines friedlichen und freundschaftlichen Miteinanders zu fördern (interkulturelle Orientierung).

Hierzu wird die Verwaltung beauftragt,

- unter Berücksichtigung der o.a. Grundsätze Leitlinien zur Integration zu entwickeln,
- die stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen unter Integrationsgesichtspunkten zu überarbeiten,
- Kommunikationsstrukturen durch den Aufbau eines Netzwerks zu den vielfältigen Gruppen der Migranten sowie zwischen diesen Gruppen zu verbessern,
- Vorschläge zur Verbesserung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Migranten zu erarbeiten.
- eine erste Zeit- und Maßnahmenplanung über die konkret vorgesehenen Maßnahmen bis Ende 2003 vorzulegen.

Rat und Verwaltung der Stadt Herne laden insbesondere die in Herne lebenden Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund ein, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

Begründung:

In Herne als Stadt der Zuwanderung leben zur Zeit rd. 20.000 Ausländer und darüber hinaus rd. 8.000 Deutsche mit Migrationshintergrund. Die demografische Entwicklung führt zu wachsenden Bevölkerungsverlusten und Altersstrukturveränderungen bei einem gleichzeitig deutlichen Anstieg der Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund.

Insbesondere Stadtteile mit erhöhtem Erneuerungsbedarf sind gekennzeichnet durch eine hohe Zahl an Zuwanderern, die wachsende Anzahl junger Menschen mit Migrationshintergrund, durch hohe Arbeitslosigkeit und einen überdurchschnittlichen Anteil alter Menschen.

Die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund und die Förderung einer gemeinsamen und partnerschaftlichen Lebensgestaltung von Deutschen und Nichtdeutschen unter Einbeziehung ihrer unterschiedlichen Lebenserfahrungen ist deshalb eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben von Politik und Verwaltung. Eine gemeinsame Integrationsoffensive und der damit verbundene breit angelegte Dialog dient nicht nur der Vorbeugung und dem Abbau von Konflikten und Vorurteilen, sondern bietet auch vielfältige Chancen und trägt zu einer Bereicherung unseres kulturellen und gesellschaftlichen Lebens bei.

Der von Oberbürgermeister Wolfgang Becker einberufene Initiativkreis gegen rechte Gewalt, dem Vertreter aller gesellschaftlich relevanten Gruppen angehören, hat die Thematik im November 2001 aufgegriffen und einen Arbeitskreis mit Vertretern der Ratsfraktionen und der Verwaltung gebeten, Vorschläge zum Thema Integration auszuarbeiten.

Mit der Vorlage eines Positionspapiers an den Initiativkreis, das strukturelle Defizite beschreibt und konkrete Vorschläge für eine Integrationsoffensive der Stadt Herne enthält, hat der Arbeitskreis inzwischen den ersten Teil seiner Aufgaben erfüllt.

Der Arbeitskreis hat dabei

- eine Bestandsaufnahme der zahlreichen bereits laufenden bzw. eingeleiteten Herner Maßnahmen,
- die gemeinsam von den Landtagsfraktionen getragene Integrationsoffensive NRW,
- die Konzepte der Städte Essen und Duisburg
- sowie Diskussionsmodelle zur Verbesserung der politischen Beteiligung speziell von Migrantinnen

zu grunde gelegt.

Die vorgeschlagenen Herner Maßnahmen stehen im Einklang mit den Vorschlägen zur stadtreionalen Migrationspolitik, wie sie im Grundsatzpapier der "Städteregion Ruhr 2030" zum Handlungsfeld "Aktive Migrationspolitik" niedergelegt sind. Dieses regionale Projekt, für das die Stadt Herne federführend ist, wurde Anfang Februar anlässlich der Leitbildmesse in Essen diskutiert.

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe, die Verwaltungskompetenzen zusammenzufassen, wurde bereits durch den Oberbürgermeister umgesetzt: Da die für die Integrationsar-

beit entscheidenden operativen Zuständigkeiten - von der Jugendhilfe abgesehen - im wesentlichen beim Schuldezernat liegen, wurde die Bündelung und Koordinierung der Integrationsarbeit Frau Stadträtin Dr. Goch übertragen und ihrem Büro gleichzeitig die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates zugeordnet.